

s.C.41.110.1.

s.C.41.121.0.

s.C.41.Am.121.0. - BEN/gru

s.C.41.775.3.1.

s.C.41.103.3.(2).

s.C.41.111.0.

Bern, den 1. März 1973

VERTRAULICH

Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation
vom 28. Februar 1973
(Zusammenfassung)

- Traktanden:
1. Aussenwirtschaftliche Aspekte der Währungssituation
 2. Bestimmung der Sachgebiete, auf denen Kontakte und Konsultationen mit der EWG anzubahnen sind
 3. Aussenwirtschaftsprobleme im Verhältnis zu den USA
 4. Vorbereitung der Russland-Reise von Bundesrat Brugger und Botschafter Probst
 5. Durchführung des Freihandelsabkommens mit der EWG und Anpassung der EFTA (Art. 21 und Anhang D betr. verarbeitete Nahrungsmittel)
 6. GATT-Fragen
 - a) Stand der Vorbereitung der Welthandelsrunde
 - b) Prüfung des Freihandelsabkommens
 7. Orientierung über die Behandlung des Rey-Berichtes durch die OECD
 8. Aussenhandelsprobleme auf dem Käsesektor

ad 1. Währungssituation

Herr Jolles eröffnet die Sitzung und orientiert eingehend über die Währungskrise und das gegenwärtige "schmutzige Floaten" des Schweizerfrankens. Unsere Währung hat den höchsten Aufwertungseffekt der Welt erzielt und selbst den Yen und die DM überflügelt. Seit dem 21. Januar 1973 ergeben sich folgende Aufwertungseffekte:



- 2 -

- gegenüber den USA: 16,14 %
- gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und Oesterreich: 4-5 %
- gegenüber England: 10,73 %
- gegenüber Japan: 1,56 %

Der durchschnittliche Aufwertungssatz beträgt 7,79 %. Wenn wir auf die Zahlen vor der Schweizerfrankenaufwertung im Mai 1971 abstellen, so ergeben sich folgende Sätze:

- gegenüber den USA 32,69 %
- gegenüber der Bundesrepublik Deutschland 5,04 %
- gegenüber den 15 wichtigsten Handelspartnern 14,88 %

Der Gesamtdurchschnitt beträgt 18,5 %.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Dollarraum 32 % der gesamten schweizerischen Ausfuhren ausmacht.

Leider verfügen wir nur über wenige aussenhandelspolitische Instrumente, um die Auswirkungen dieser bedeutenden Währungsveränderungen auf die schweizerische Wirtschaft zu mildern (z.B. ERG in der neuen Fassung).

Herr Winterberger (Vorort): Wir befinden uns in einer sehr unangenehmen Situation. Der grosse Dollarüberhang ist mit einer Lawine zu vergleichen, die bei der kleinsten Erschütterung ausgelöst werden kann. Die Notenbank kann heute nicht zu festen Kursen zurückkehren, weil der Schweizerfranken durch internationale Finanzoperationen "getestet" wird. Die Frage nach den Konsequenzen und der Dauer des Floatens stellt sich hier, da diese Situation die schweizerischen Exporte, besonders der Uhren-, Schuh-, Textil- und Maschinenindustrie gefährdet. Es kommt jetzt auch darauf an, was die EWG unternommen wird, denn ein gemeinsames Floaten der EWG-Länder würde für die Schweiz eine gewisse Entlastung bedeuten. Auch könnte eine Verbesse-

hat die Inflationsrate bedeutend reduzieren können. Von den Banken aus gesehen sollte man mit dem gebundenen Zahlungsverkehr nicht operieren, höchstens als allerletzte ultima ratio. Ein gebundener Zahlungsverkehr hätte für uns ganz enorme Folgen, da damit zu rechnen wäre, dass auch Deutschland sich dieses Mittels bedienen würde, womit wir in Europa vorwiegend Länder mit gebundenem Zahlungsverkehr hätten. Ein irreversibler Zustand würde damit auf viele Jahre hinaus geschaffen.

Zur Frage der Mitgliedschaft im Währungsfonds ist nach wie vor grösste Zurückhaltung geboten, da die Sonderstellung des schweizerischen Finanzplatzes ein Abwarten gebietet. Die Stellung des Goldes, des Dollars und ganz besonders der Sonderziehungsrechte ist noch nicht klar. Diese Sonderziehungsrechte bieten Gelegenheit zu Missbräuchen. Man sollte von Seiten der Behörden jetzt Ruhe bewahren und vorläufig das Floaten weiterführen, aber am Ziel der festen Parität festhalten.

Herr Winterberger ist nicht so optimistisch in bezug auf die USA wie Herr Oetterli, da die multinationalen Gesellschaften ihre Gewinne kaum zurück nach Amerika transferieren. Auch sind die grossen Defizite der amerikanischen Handels- und Zahlungsbilanzen augenfällig. Der Finanzplatz Schweiz ist heute mindestens so bedeutend wie derjenige der Bundesrepublik, aber wir können zehnmal weniger "schlucken". Deshalb kann sich unser Finanzplatz auf den kleinen schweizerischen Wirtschaftsraum auch negativ auswirken. Im übrigen warnt Winterberger vor einer öffentlichen Diskussion eines gespaltenen Devisenmarktes und einer Frankenaufwertung, da jedesmal, wenn solche Gespräche bekannt werden, 24 Stunden später der Frankenkurs an der New Yorker Börse weiter nach oben floatet.

Herr Grübel (BIGA): Wir kämpfen seit Jahren mit dem Fremdarbeiterproblem mittels einer unbefriedigenden

zung der Konjunkturlage in den Absatzländern zu einem grösseren Spielraum für schweizerische Preiserhöhungen beitragen. Dieses Problem muss aber noch genauer verifiziert werden.

Herr Jucker (Gewerkschaftsbund) orientiert über gewisse Modellspiele der Engländer betreffend ein gemeinsames Floaten der EWG-Währungen gegenüber dem Dollar. Im allgemeinen haben die Abwertungen eine belebende Wirkung auf die Konjunktur der abwertenden Länder. Da wir ein kleines Land sind, werden wir vom Konjunkturaufschwung der Grossen mit hinaufgezogen.

Herr Fischer (Gewerbeverband): Das Floaten ist die einzige Alternative zu einem massiven Interventionismus. Zuwarten ist die beste Therapie im Moment, da der Kurs sicherlich nicht sehr weit zurückgehen wird. Die Erklärung des Bundesrates, das Ziel seien fixe Wechselkurse, war unnötig. Die Konjunkturbeschlüsse der Landesbehörde haben der Inlandwirtschaft, besonders den Bauunternehmen, grosse Opfer aufgeladen. Im Rahmen eines nationalen "burden sharing" ist die Aufwertung der Anteil an der Konjunkturdämpfung, den die Exportwirtschaft zu erbringen hat. Wir sollten nicht auf den status quo ante zurückkommen, eine Aufwertung des Schweizerfrankens ist unerlässlich. Dabei ist nicht zu vergessen, dass der Aufwertungseffekt gegenüber der Bundesrepublik Deutschland für uns besonders wichtig ist; dieser ist bekanntlich nicht so gross wie bei andern Ländern.

Herr Oetterli (Bankiervereinigung) befürchtet, dass wir noch einige Zeit mit den Währungsschwierigkeiten leben müssen. Ihre eigentliche Ursache liegt bei der amerikanischen Währungslage. Solange sich hier nichts ändert, wird die Unruhe anhalten. Die Praxis hat gezeigt, dass ein Floaten als Dauerzustand nicht möglich ist. Die amerikanische Wirtschaft verdient Vertrauen, sie ist stark und

Oberflächentherapie, nur eine Beruhigung der Konjunktur könnte eine richtige Lösung ergeben. Von uns aus gesehen brauchen wir eine Dämpfung der Konjunktur. Ein ausgeglichener Arbeitsmarkt in allen Branchen wagen wir nicht zu hoffen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es auf die andere Seite umschlagen könnte und dass mit Arbeitslosigkeit zu rechnen wäre. Wir haben aber heute keine solchen Befürchtungen.

Die 30 % Aufwertung dramatisieren die Situation etwas, denn man geht bei dieser Berechnung von der Voraussetzung aus, dass die Währungsrelationen vor dem Mai 1971 in Ordnung waren, was sicherlich nicht der Fall war.

Herr Jolles bemerkt, dass währungspolitische Massnahmen ein äusserst gefährliches Instrument der Konjunkturdämpfung darstellen.

Herr Jucker (Gewerkschaftsbund): Die neuen Kurse entsprechen gemäss seiner Erfahrung annähernd ~~Marktrela-~~tionen. Gespaltene Devisenmärkte kommen einem System verdeckter Exportsubventionen gleich und werden vor allem von Ländern mit abwertungsverdächtigen Währungen angewandt. Der Weg zu noch mehr Interventionismus wäre für uns absolut verfehlt. Wir müssen mehr Mobilitätspflege und weniger Protektionismus als in allen unseren Nachbarstaaten treiben.

Herr Zwahlen (EPD): In der Arbeitsgruppe 3 der OECD kam letzte Woche die wirtschaftliche Situation der USA zur Sprache, wobei das OECD-Sekretariat eher pessimistische Perspektiven aufgezeigt hat. Das Sekretariat des Währungsfonds sowie die amerikanische Delegation haben aber eine positivere Haltung, da das Smithsonian Agreement seine positive Wirkung nicht verfehlen werde. Das Floatieren in der Schweiz sollte solange andauern, bis sich die Situation international stabilisiert hat. Die 6,2 Milliarden Dollar in Deutschland beginnen zurück-

zufliessen, weil die Deutschen gewisse wirksame Massnahmen getroffen haben. Das gleiche wird voraussichtlich nach einer Aufwertung des Yen auch mit den 1,2 Milliarden Dollar in Japan geschehen. Der gegenwärtige Kurs des Schweizerfrankens entspricht nicht unserer Aussenwirtschaftssituation. Auch gibt es zur Zeit nur wenig Transaktionen, ungefähr 10 % des normalen Umsatzes.

ad 2. Kontakte und Konsultationen mit der EWG

Herr Jolles möchte jetzt nicht von der Entwicklungsklausel unseres Abkommens mit der EWG sprechen, da neue Verhandlungen in absehbarer Zeit nicht aktuell sind. Hingegen ist eine intensive Befassung unsererseits mit den Auswirkungen der folgenden neuen Gemeinschaftspolitiken nötig, da diese gewisse Diskriminierungswirkungen für die Schweiz ergeben könnten:

- Währungsfrage
- Landwirtschaft
- Rechtsangleichung (Gesellschaftsrecht, Verkehrs- und Fusionsrecht)
- Niederlassung und Dienstleistungen (Versicherungen, Banken, Anerkennung von Diplomen)
- Forschung und Technologie (EURATOM)
- Verkehr

Herr Jolles schlägt vor, dass die Arbeitsgruppen aus den Verhandlungsvorbereitungen diese Fragen prüfen und Stellung nehmen sollen.

Herr Grossen (Justizabteilung) ist besorgt, dass sich in Europa ein juristischer Graben zwischen den Mitgliedern der Neun und den andern Staaten öffnen könnte. Die Bestrebungen des Europarates in bezug auf die Rechtsangleichung sollten durch die EWG nicht gestört werden.

Herr Bindschedler geht auf einige Probleme der Rechtsangleichung ein. Im Vordergrund steht eine Konvention über die Anerkennung und Vollstreckung von Zivilurteilen. Für die Auslegung und Anwendung ist der Europäische Gerichtshof in Luxemburg zuständig. Hier liegt eine gewisse Schwierigkeit in der Frage, ob wir die Kompetenz dieses Gerichtshofes anerkennen und wie. Bei der Rheinschiffahrt geht es rechtlich darum, das EWG-Recht mit der Mannheimer Akte in Übereinstimmung zu bringen. Hier ist aber nichts weiter vorzukehren. Ein weiteres wichtiges Problem wurde nicht erwähnt: Die Versorgung der Schweiz mit Kernbrennstoffen. Dies wird in absehbarer Zeit aktuell. Gegenwärtig sind wir einseitig von den Amerikanern abhängig und das Abkommen mit den USA soll demnächst erneuert werden. Bestrebungen zur Urananreicherung sind auch auf unserem Kontinent im Gange. Wir haben ein grosses Interesse daran, eine weitere Bezugsquelle zu erschliessen. Herr Bindschedler bittet, dieses Problem an die erste oder zweite Stelle der Liste zu setzen.

Herr Trachsel (Verkehrsamt) erläutert die internationale verkehrstechnische Verflechtung der Schweiz. Auf dem Gebiet des allgemeinen Verkehrswesens sollten wir vorsichtig sein mit Kontakten zur EWG und nicht von uns aus die Initiative ergreifen. Vor allem Frankreich und Deutschland sehen Kontakte der Schweiz mit der Kommission sehr ungern aufgrund eines gewissen Misstrauens gegenüber der Brüsseler Behörde. Die Europäische Transportministerkonferenz (CEMT) ist das Hauptinstrument der europäischen Verkehrspolitik. In ihr haben die Schweiz und Oesterreich wegen der Alpentransitwege eine Schlüsselstellung inne; eine Schwächung der CEMT durch die EWG wäre demnach gegen unser Interesse.

Herr Probst erinnert zur Abrundung des Bildes an das Bestehen einer gemischten Uhrenkommission Schweiz - EWG.

Das Hauptproblem, das sich hier stellen könnte, ist die beherrschende Stellung der schweizerischen Uhrenindustrie. Im März findet eine Sitzung dieser Kommission in Neuenburg statt.

Herr Tscharner: Wir kommen in ein doppeltes Spannungsfeld hinein: einerseits zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission der EWG, andererseits zwischen Organisationen ausserhalb der Gemeinschaft und dieser selbst. Dies ist nicht zu vermeiden. Wir sollten uns aber hüten, nur auf ein Pferd zu setzen.

Herr Jolles zieht folgende Schlussfolgerung: Die Arbeiten der EWG sind zu verfolgen und die schweizerische Interessenlage ist genau abzuklären unter Berücksichtigung der Arbeiten in andern europäischen Gremien.

Herr Thalmann ist damit einverstanden. Es geht letztlich um die Formulierung einer Europapolitik, die wir in den grösseren Zusammenhang unserer Beziehungen zu den USA und zu den Oststaaten stellen müssen.

ad 3. USA

Herr Jolles: Die USA sind offensichtlich bestrebt, Europa wieder grössere Priorität einzuräumen, wobei eine globale Reziprozität angestrebt wird: für Verteidigungsausgaben erwartet man eine Kompensation auf dem Währungs- und Handelssektor. Die Amerikaner haben hierfür unter der Leitung von Finanzminister Shultz einen "Council on Economic Policy" eingesetzt. Die USA haben ausserdem in letzter Zeit die Herren Volcker, Eberle und Peterson nach Europa und Japan geschickt, wobei keiner dieser drei Abgesandten offiziell in der Schweiz Station gemacht hat. Eine inoffizielle Fühlungnahme war nur mit Herrn Eberle in Davos möglich. Diese Reisen hatten mehrere Zwecke: Die Herren waren "Warnemissäre": entweder sind die Europäer

gesprächsbereit, oder die Amerikaner werden die multilaterale Verhandlungsrunde an den Nagel hängen und unilaterale Schritte unternehmen. Die innenpolitischen Schwierigkeiten (protektionistische Tendenzen im Kongress) sollten den Partnern klargemacht werden. Abklärungen im Zusammenhang mit der geplanten Aussenhandelsgesetzgebung waren mit im Spiel. Man nimmt an, dass die liberalen Kräfte im Kongress in der Minderheit sind und dass die protektionistischen Kräfte eine noch restriktivere Vorlage befürworten könnten. Das mögliche Verhandlungsprogramm für die GATT-Konferenz sollte ebenfalls abgesteckt werden.

Wir müssen deshalb ein USA-Dossier vorbereiten. Herr Bundesrat Brugger möchte anfangs Mai nach New York und Washington reisen. Wir müssen den Amerikanern den Sonderfall Schweiz in Erinnerung rufen. Auch über das Abkommen mit der EWG und unsere GATT-Mitgliedschaft wird zu sprechen sein. Eine Vorbereitung der kommenden GATT-Verhandlungen ist ebenfalls nötig.

ad 4. Russland

Herr Probst: Zwei Monate vor der Reise Herrn Bundesrat Bruggers nach den USA findet seine Reise nach Russland auf Einladung des sowjetischen Aussenhandelsministers Patolitschow statt. Ende März organisiert der Verband Schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM) eine umfangreiche Werkzeugmaschinenausstellung in Moskau, die von Herrn Brugger eröffnet wird. Schweizerische Erdgasbezüge aus der Sowjetunion wird wohl das wichtigste Thema der Besprechungen sein. Ob die Gespräche über die Schaffung einer schweizerisch-sowjetischen gemischten Kommission für wirtschaftliche Kooperation bis dann abgeschlossen sein werden, ist noch nicht klar.

ad 5. Freihandelsabkommen

Herr Botschafter Languetin orientiert über gewisse Probleme im Zusammenhang mit der Anpassung der EFTA aufgrund unseres Freihandelsabkommens mit der EWG auf dem Sektor der verarbeiteten Nahrungsmittel (Wassereis und Milchsokolade).

ad 6. GATT-Fragen

Herr Jolles: Für die am 12. - 14. September in Tokio stattfindende GATT-Sitzung muss unsere Haltung zu den folgenden wichtigen Themen erarbeitet werden:

- Eventuelle Einführung von Nullzöllen
- Nichttarifarisches Handelshemmnisse
- Landwirtschaft
- Entwicklungsländer
- Ausweichsklauseln: Eine Neufassung ist vorgesehen

Im Moment ist es noch zu früh, eine definitive Haltung zu den skizzierten Problemen einzunehmen.

ad 7. OECD

Herr Jolles orientiert über die Behandlung des Rey-Berichtes durch die OECD und über die Tagesordnung für die nächste Sitzung am 19./20. März des für die Behandlung dieses Berichtes eingesetzten Exekutivkomitees. Heute sind hiezu keine Beschlüsse zu fassen.

ad 8. Käsesektor

Die Herren Rothenbühler und Prof. Rudolf orientieren über die zunehmenden Schwierigkeiten auf dem Käsesektor infolge der stetig ansteigenden Einfuhren.

- 11 -

Herr Jolles hat sich überzeugen lassen, dass die Situation auf dem Käsesektor kritisch ist. Wir haben uns aber immer geweigert, Restriktionen handelspolitischer Natur zu ergreifen, um keine negativen Reaktionen unserer Käseabnehmerländer hervorzurufen. Auch waren solche Massnahmen solange wir mit der EWG in Verhandlung standen, nicht möglich gewesen. Die Einfuhren nehmen aber in einem beunruhigenden Ausmass zu, so dass sich eine Sofortlösung aufdrängt. Wir müssen aber mit äusserster Vorsicht vorgehen und Massnahmen, die als mengenmässige Beschränkungen aufgefasst werden könnten, vermeiden. Die Lösung liegt eher auf dem Gebiet von beweglichen Preiszuschlägen, wofür aber die gesetzliche Grundlage noch zu schaffen wäre. Herr Jolles ist nicht stolz darauf, als erster Handelsdirektor solche Massnahmen ergreifen zu müssen.

Finanz- und Wirtschaftsdienst

D Zahlen

(Zahlen)

Verteiler:

Herr Bundesrat P. Graber

Herr Botschafter E. Thalmann

Herr Botschafter R. Keller

Herr Botschafter S. Marcuard

Herr Botschafter R. Bindschedler

Herr Botschafter A. Janner

Herr Botschafter E. Diez

~~Herr Botschafter H. Miesch~~ ?

Herr Minister M. Gelzer

Herr Minister P. Nussbaumer

Herr Minister M. Jaccard

Herr Minister ^{Botschafter} P. Thévenaz

Herr P. Erni

ZW/RL/BEN/HG/BAR / TE

Botschafter P. C. Müller ✓